

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 1: Neutralität : aktiver? : Aktionsmöglichkeiten des neutralen Kleinstaates

Artikel: Zwanzig Jahre Atlantikpakt
Autor: Gasteyger, Curt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162238>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare und Berichte

ZWANZIG JAHRE ATLANTIKPAKT

Zwiespältiger Gesamteindruck

Über den Atlantikpakt (NATO) und sein zwanzigjähriges Bestehen wird in diesen Wochen und Monaten zweifellos viel geschrieben werden. Je nach politischer Einstellung wird der Gedenkartikel mehr in eine Forderung nach Abschaffung dieses Produktes des «Kalten Kriegs» oder in eine gedämpft optimistische Bestätigung der Notwendigkeit einer lebenskräftigen Allianz münden; eine enttäuschende Bilanz zahlreicher Versäumnisse und Rückschläge oder eine feierliche Würdigung des Geleisteten sein. Nichts könnte das Zwielficht, in das die NATO in den letzten Jahren zunehmend geraten ist, deutlicher illustrieren als die Tatsache, dass jedes dieser Urteile irgendwie zutrifft.

Die sowjetische Aggression gegen genau das Land, dessen Unterwerfung unter den Kommunismus 1948 der Hauptanstoß zur Schaffung der NATO war, hat an dieser Ambivalenz ihrer Beurteilung wenig oder nichts geändert. Sie hat vielmehr den Kontrast hervorgehoben zwischen der Unentbehrlichkeit der Allianz als Defensivbündnis und Abschreckungsinstrument in Krisenzeiten und ihrem Ungenügen als bewegendende Kraft bei der Schaffung einer stabileren europäischen Ordnung in Zeiten der Entspannung. (Den Beweis ihrer Kriegstüchtigkeit brauchte sie glücklicherweise nie zu erbringen.) Hier liegt das Dilemma eines vor zwanzig Jahren – und das ist in unserer schnelllebigen Zeit sehr viel – geschaffenen Verteidigungsbündnisses; an ihm scheiden sich die Geister.

Wer die militärpolitischen Zusammenhänge der Nachkriegsentwicklung auch nur

einigermassen versteht, wird den enormen Wert dieser Allianz nicht bestreiten können: Durch sie wurden die Vereinigten Staaten erstmals in ihrer Geschichte vertraglich an Schicksal und Sicherheit Europas gebunden und damit Stalins Traum von einer sowjetischen Vorherrschaft auf dem Kontinent zerstört; sie ermöglichte die Einbettung des wiederaufrüstenden westdeutschen Staates in eine weitere Gemeinschaft; in ihr vollzog sich erstmals auf internationaler Basis eine Integration und Ausbildung höherer Stäbe; und sie verhalf schliesslich den nichtatomaren Staaten zu einer Beteiligung an der nuklearstrategischen Planung der Vereinigten Staaten. Dies sind nicht nur keineswegs selbstverständliche, sondern nahezu revolutionäre Vorgänge in der Geschichte der internationalen Beziehungen. Deshalb ist auch keiner der Mitgliedstaaten, nicht einmal das gaullistische Frankreich, bereit, ganz auf die Allianz zu verzichten. Sie ist eine Rückversicherung, für die zwar keiner gern die Prämie bezahlt, deren Leistungen aber im Bedarfsfalle niemand missen möchte. Sie ist obendrein das einzige politische Organ, das den Europäern die Möglichkeit gibt, mit den Vereinigten Staaten multilateral zu verhandeln und sie stärker zu beeinflussen. Schliesslich gehört hierher die Feststellung, dass, wo immer die NATO entscheidend zur militärischen Sicherheit und politischen Stabilisierung Europas beigetragen hat, nicht zuletzt die neutralen Staaten davon profitiert haben.

Und dennoch wird selbst ein grundsätzlicher Befürworter der NATO das Gefühl nicht los, dass sie ihr drittes Jahrzehnt nicht ohne gewisse Reformen, vielleicht

sogar ernste Krisen, hinter sich bringen wird. An mehr oder weniger realistischen Vorschlägen zu jenen und gelegentlich aufleuchtenden Warnsignalen für diese hat es nie gefehlt. Die politisch-militärische Entwicklung der sechziger Jahre hat zwar die Grenzen und die Reformbedürftigkeit der Allianz besonders deutlich hervortreten lassen, echte Alternativen jedoch paradoxerweise nicht anzubieten vermocht. Mehr als seine beiden Vorgänger war dies ein Jahrzehnt des Übergangs, das bestehende Strukturen aufweichte und etablierte Organisationsformen in Frage stellte, ohne angemessenere, bessere an ihre Stelle zu setzen. Das gilt gerade auch für den militärpolitischen Bereich, im globalen ebenso wie im europäischen Rahmen. Ein kurzer Blick auf die der NATO bevorstehenden Probleme und Anforderungen lässt darüber wenig Zweifel.

Die Weltmächte zwischen Rivalität und Zusammenarbeit

An erster Stelle werden voraussichtlich jene Belastungen stehen, die dem Bündnis – und damit den amerikanisch-europäischen Beziehungen – aus dem Übergang von einer eindeutigen Ost-West-Konfrontation zu einer wesentlich differenzierteren Mischung von fortdauernder Rivalität und notwendiger Zusammenarbeit zwischen den beiden Führungsmächten erwachsen. Europa wird dabei auf den Platz des immer misstrauischer werdenden Zuschauers verwiesen werden. Selbst wenn die beiden Weltmächte auf den Bau von Antiraketensystemen verzichten sollten, wird die Fortentwicklung ihres strategischen Waffenpotentials die französische und die britische Nuklearrüstung noch unglaublicher, die machtpolitische Unterlegenheit Europas noch deutlicher erscheinen lassen. Umgekehrt werden sich die Interessen der Weltmächte weiter verflechten und über die Bereiche der strategischen Rüstung und der europäischen Sicherheit hinaus in mehr und mehr Regionen, vor allem im Mittleren Osten, Asien und Afrika, überschneiden.

Es erscheint fast unvermeidlich, dass sich diese «interpenetration» weltpolitischer Interessen direkt oder indirekt auch auf das Verhalten Washingtons und Moskaus gegenüber und in Europa auswirken wird. So war die zurückhaltende Reaktion der USA gegenüber der sowjetischen Invasion der Tschechoslowakei nicht zuletzt durch die Hoffnung auf sowjetische Unterstützung bei der Beilegung des Vietnam-Konflikts beeinflusst. Solche Fälle gegenseitiger Rücksichtnahme werden sich in dem Masse mehren, in dem die Sowjetunion ihre militärpolitische Präsenz auf neue Regionen ausweitet.

Rüstungsprobleme in Europa

Das zweite Problem, dem sich die NATO gegenübersehen wird, betrifft die Zukunft der europäischen Rüstungspolitik. Mit den steigenden Kosten nicht nur der neuen Waffensysteme, sondern noch mehr des Unterhalts moderner Armeen wird sich in Europa der Drang nach einer Senkung der Rüstungslasten verstärken. Er wird sich in erster Linie auf einen Abbau der Streitkräfte richten. Zugleich wird sich die europäische Rüstungsindustrie vor die Wahl gestellt sehen, künftig Waffen entweder in viel rationellerer Weise gemeinsam zu entwickeln und zu produzieren (was gemeinsame strategische Planung und technologische Forschung sowie eine möglichst unabhängige gemeinschaftliche Behörde voraussetzt) oder aber diese Waffen immer mehr aus den USA zu beziehen. Beides, ein Abbau der Streitkräfte und der Kauf amerikanischer Waffen, wird Westeuropas Abhängigkeit von den USA und deren nuklearem Schutz nur noch vergrößern – genau das, was so viele Europäer vermeiden möchten.

Europa wird sich deshalb auch hier zu entscheiden haben, ob es die so laut geforderte grössere Selbständigkeit gegenüber den USA durch eigene Anstrengungen erreichen oder um den Preis wirtschaftlichen Wohlergehens und nationalstaatlichen Egoismus darauf verzichten will. Im erste-

ren Fall wird es Europas Emanzipationsdrang, im zweiten sein aus eigenem Unvermögen und verletzender Abhängigkeit von den USA genährtes Ressentiment sein, die die Allianz neuen Belastungsproben aussetzen.

Sicherheitsstreben und Entspannungspolitik

Immer dringender wird sich – drittens – die Frage stellen, in welcher Weise die militärische Sicherheit in Europa aufrechterhalten werden kann, wenn gleichzeitig Versuche zur Überwindung des Status quo auf dem Wege der Entspannung, des Truppenabbaus und der «Annäherung» unternommen werden. An sich müsste die Allianz hierbei das wichtigste Bindeglied darstellen. Ob sie dazu auf Grund ihrer losen Struktur und des Fehlens einer gemeinschaftlich koordinierten Politik in der Lage ist, erscheint fraglich. Bisherige Erfahrungen in dieser Richtung stimmen skeptisch. Aber selbst da, wo sie diese weiterreichende Aufgabe nicht zu erfüllen vermag, wo ihr also von manchen Entspannungsgläubigen das Daseinsrecht bestritten wird, bleibt sie trotz allem die bestmögliche Schutzgarantie für Westeuropa. Die Unterzeichnung des Atomsperrvertrags, mit dem sich die nichtnuklearen Staaten dauernd dem Schutz der Nuklearmächte anheimstellen, wird in anderer Weise die Bedeutung dieser Garantie bewusst machen. Man wird deshalb die Besorgnis von Ländern wie der Bundesrepublik verstehen, wenn sie ausgerechnet jetzt dadurch geschwächt wird, dass ein Rückzug aus der Allianz mit einjähriger Kündigungsfrist möglich wird.

Diese Sorge wird neuen Auftrieb erhalten, wenn sich die Anzeichen für einen amerikanischen Neo-Isolationismus oder doch einen weiteren Abzug von Streitkräften aus Europa mehren sollten. Zu Recht wird deshalb auf den Widerspruch hingewiesen zwischen einer Politik des Abbaus weltpolitischer Verpflichtungen und dem im Atomsperrvertrag symbolisierten Versuch, eine internationale Sicherheits-

ordnung zu entwickeln¹. Ein auf möglichst lange Zeit hinaus gesicherter Bestand der Allianz bleibt deshalb für Europa so lange die einzig mögliche Lösung dieses Widerspruchs, als kein umfassenderes Sicherheitssystem an ihre Stelle tritt.

Gefahrenpunkte

Schliesslich wird der innere Zusammenhalt der NATO durch eine weitere Streuung der Bedrohungsmöglichkeiten auf die Probe gestellt werden. Die Sowjetunion hat bekanntlich in den letzten Jahren ihr Seekriegspotential stark ausgebaut. Ihre Fähigkeit zu strategischen Einsätzen über grosse Distanzen ist im Wachsen begriffen. Dies zwingt die NATO zu einer stärkeren Abschirmung ihrer Nord- und Südflanken. Gleichzeitig bedeutet es die Einbeziehung von Regionen – wie jene des östlichen Mittelmeers –, die nicht mehr im unmittelbaren Zuständigkeitsbereich der Allianz liegen, jedoch Europas militärische, politische und wirtschaftliche Interessen direkt berühren. Hier wird sich für die NATO nicht mehr nur die seit jeher delikate Frage stellen, wie weit beispielsweise Norwegen für eine Verteidigung der Türkei und diese für die Sicherheit Norwegens mobilisiert werden kann; hier wird die NATO als Gemeinschaft insgesamt zu entscheiden haben, wie weit sie sich für diese kaum weniger wichtigen Rand- und Grenzgebiete sinnvoll engagieren soll und muss.

Die Vielfalt von Bedrohungsmöglichkeiten und -orten wird die bereits vorhandenen Tendenzen zu einer strafferen Regionalisierung des Verteidigungsdispositivs verstärken. Um so schwieriger wird es aber, das Gleichgewicht zwischen einer solchen wirksamen Regionalisierung der Verteidigung und deren glaubwürdiger Kollektivierung aufrechtzuerhalten. Damit einhergehend wird sich früher oder später die Frage stellen, ob nicht so exponierten Ländern wie der Türkei, Irland und Portugal mit einem bilateralen Sicherheitsvertrag mit den USA besser gedient ist.

Eine Bilanz

So kursorisch und unvollständig dieser Überblick ist, lässt er doch einige der Probleme ahnen, denen sich die NATO nach ihren Geburtstagsfeiern gegenübersehen wird. Trotzdem: in all die Skepsis und Sorge um die Zukunft der Allianz mischt sich immerhin einige Zuversicht. Dies deshalb, weil die NATO ungleich dem Warschauer Pakt von allem Anfang an eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit bewiesen hat. Sie hat selbst den Rückzug Frankreichs ohne ernsthafte Erschütterung überstan-

den, während bereits Andeutungen eines ähnlichen Schritts von seiten Ungarns oder der Tschechoslowakei den Warschauer Pakt in schwere Krisen stürzten. Nicht tiefgreifende Reformen, die unwahrscheinlich sind, sondern die Fähigkeit zum ständigen Wandel wird deshalb der Allianz ihre entscheidende Funktion als Element der Friedenssicherung erhalten helfen.

Curt Gasteyger

¹ Vgl. Leonard Beaton. «Kernwaffen-Sperrvertrag und nationale Sicherheit», in: Europa-Archiv 1/1969.

MOSKAUS KAMPF UM DEN PRIMAT IM OSTBLOCK

Die *Desintegrationstendenzen* innerhalb der kommunistischen Staatenwelt haben sich in den letzten Wochen dauernd verschärft. Stärker als seit langem sind die Risse im Gefüge des Ostblockes zutage getreten, im Fernen Osten wie in Europa. Am Ussuri, einem Nebenfluss des Amur, kam es zu kriegsähnlichen Handlungen zwischen sowjetischen und chinesischen Truppen. In Osteuropa ist es Moskau offensichtlich nur mit Mühe gelungen, die Mächte des Warschauer Paktes auf einer Konferenz in Budapest auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Die zentrifugalen Erscheinungen, mit denen das westliche Bündnissystem sich seit langem auseinanderzusetzen hat, erhalten damit im Osten ein einigermaßen ähnliches Gegenbild.

Moskaus Konfrontation mit Peking

Die Hintergründe der dauernden chinesisch-sowjetischen Zwischenfälle am Ussuri sind nicht leicht aufzuhellen. Der Anlass des jäh aufgeflammten Streites, eine winzige Flussinsel, deren territoriale Zugehörigkeit umstritten ist, scheint nichtig. Zu fast gleichen Kontroversen ist es an der Tausende von Kilometern langen Grenze zwischen Russland und China in der Vergangenheit häufig gekommen; man darf

zudem vermuten, dass zahlreiche ähnliche Auseinandersetzungen von beiden Seiten im Interesse der höheren Politik bewusst verschwiegen worden sind. Weshalb jetzt plötzlich diese Publizität? Genaues weiss man nicht, man ist auf *Indizien* angewiesen. Immerhin ist es auffallend, dass die Zwischenfälle vor allem von *sowjetischer Seite* hochgespielt wurden. Das ist nicht erstaunlich, befindet sich doch Moskau, das noch immer den *Primat* innerhalb der kommunistischen Weltbewegung beansprucht, sowohl seinen osteuropäischen Satelliten wie den sogenannten «Bruderparteien» des Westens gegenüber in einer prekären Situation. Sowohl in machtpolitischer wie ideologischer Hinsicht wird die Führungsposition der Sowjetunion bestritten. Die Vermutung liegt deshalb nahe, dass es dem Kreml darauf ankommt, seine Verbündeten und seine Anhänger mit dem Gespenst der «gelben Gefahr», deren Schrecken drohend an die Wand gemalt werden, zur Raison zu bringen.

Vertagte Berlinkrise

Ein Terminvergleich drängt weitere Schlussfolgerungen auf. Die ersten Schüsse am Ussuri, die von der Sowjetunion zur Auslösung einer scharfen antichinesischen